Entwurfs- und Auslegungsbeschluss der Innenbereichssatzung des Ortsteils Wahrstorf

Organisationseinheit:	Datum	
Bauverwaltung	05.09.2024	
Vorlagenersteller:	Antragsteller:	
Jeannine Haufschild		
Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Ö/N
Gemeindevertretung Pölchow (Entscheidung)	24.09.2024	Ö

Beschlussvorschlag

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Pölchow beschließt:

- Der Planentwurf der Klarstellungs- und Ergänzungssatzung der Gemeinde Pölchow für den Ortsteil Wahrstorf wird in der vorliegenden Fassung vom September 2024 beschlossen. Der Entwurf der Begründung wird in der vorliegenden Fassung gebilligt.
- 2. Der Entwurf der Klarstellungs- und Ergänzungssatzung der Gemeinde Pölchow für den Ortsteil Wahrstorf mit der Begründung sind nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen und die beteiligten Träger öffentlicher Belange von der Auslegung zu benachrichtigen. Es ist darauf hinzuweisen, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist abgegeben werden können und dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über die Klarstellungs- und Ergänzungssatzung unberücksichtigt bleiben können.
- 3. Gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sind die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, zu dem Planentwurf und zu dem Begründungsentwurf einzuholen.

Sachverhalt

Die Klarstellungs- und Ergänzungssatzung der Gemeinde Pölchow für den Ortsteil Wahrstorf wird im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB aufgestellt. Es wird darauf hingewiesen, dass gem. § 13 Abs. 3 BauGB von einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB, von der Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, der zusammenfassenden Erklärung nach § 10a Abs. 1 BauGB und gem. § 13 Abs. 2 BauGB von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB abgesehen wird.

Gemäß § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 BauGB i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB wird der Entwurf des Planes und der Begründung öffentlich ausgelegt.

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt sein kann, sowie die Nachbargemeinden werden gemäß § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 BauGB i.V.m. § 4 Abs. 2 BauGB und § 2 Abs. 2 BauGB von der Auslegung benachrichtigt und beteiligt.

Ort und Dauer der Auslegung sind gemäß § 3 Abs. 2 BauGB mit dem Hinweis, dass Äußerungen während der Auslegungsfrist von jedermann vorgebracht werden können und dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über die Klarstellungs- und Ergänzungssatzung unberücksichtigt bleiben können, ortsüblich bekanntzumachen.

In der Bekanntmachung ist auf die Merkmale des vereinfachten Verfahrens gemäß § 13 BauGB hinzuweisen.

Gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sind der Entwurf der Klarstellungs- und Ergänzungssatzung einschließlich der Begründung öffentlich auszulegen und die beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange von der Auslegung zu benachrichtigen.

Ort und Dauer der Auslegung sowie Angaben dazu, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sind mindestens eine Woche vorher ortsüblich bekannt zu machen. Es ist darauf hinzuweisen, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist abgegeben werden können und dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über die Klarstellungs- und Ergänzungssatzung unberücksichtigt bleiben können.

Finanzielle Auswirkungen

a.) bei planmäßigen Ausg	aben:	Deckung durch Planansatz in Höhe von:	7.735,00 €
Gesamtkosten:	7.735,00 €	im Produktsachkonto (PSK):	51100.56255000
b.) bei vom Plan abweichenden Ausgaben:		Deckung erfolgt über:	
Gesamtkosten:	00,00€	1. folgende Einsparungen :	
zusätzliche Kosten:	00,00€	im PSK 00000.00000000 in Höhe von:	00,00 €
		2. folgende Mehreinnahmen:	
		im PSK 00000.000000000 in Höhe von:	00,00 €

Anlage/n

1	01 Planzeichnung Stand Sept.2024 (öffentlich)
2	02 Begründung_September 2024 (öffentlich)
3	3213 Ausgrenzung 240829 (öffentlich)